

---

## FORUM: Das Erbe der Wende

---

Ehrhart Neubert:  
„Was nützt mir die Freiheit,  
wenn ich keine Arbeit habe?“

---

Ehrhart Neubert, geb. 1940 in Herschdorf/Thüringen, Studium der Theologie und Soziologie in Jena, war Mitbegründer und stellv. Vorsitzender des „Demokratischen Aufbruchs“. Er ist Referent der Evangelischen Studien- und Begegnungsstätte Berlin.

Der Rückblick auf den Aufbruch, auch auf die Oppositionspartei „Demokratischer Aufbruch“, im Herbst 1989 ist mit Gefühlen besetzt, die zwischen Nostalgie und Zorn schwanken. Alle Beteiligten, die sich manchmal seit Jahren für eine politische Veränderung eingesetzt hatten, waren von dem Hochgefühl ergriffen, daß es endlich geschafft war. Die SED und ihre Machtorgane, vor allem die scheinbar unerstürmbare Festung MfS<sup>1</sup>, fielen. Und end-

---

<sup>1</sup> Ministerium für Staatssicherheit.

lieh gingen die DDR-Bürger auf die Straße, um ihrem politischen Unmut Luft zu machen. Eine rasante Entwicklung nahm in diesem Herbst ihren Lauf. Mit Protesten und Aktionen kleiner Gruppen in und vor den Kirchen unter hohem persönlichen Risiko begann es und fand in fast heiteren Massendemonstrationen seinen Abschluß. Und um es vorweg zu sagen: Alle wesentlichen politischen Forderungen der Opposition vor der Wende, freie Wahlen, eine freie Öffentlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und die Respektierung der Menschenrechte, sind damals durchgesetzt worden.

Aber es gibt auch Erinnerungen des Zorns. Wie manch anderer habe ich die langsame und unaufhaltbare Enteignung der alten DDR-Opposition als politische Kraft traumatisiert erfahren. Mich persönlich hat das Ganze damals krank gemacht. Ich stieg noch vor der ersten Volkskammerwahl im März 1990 schwer enttäuscht aus der Politik aus. Die neuen politischen Kräfte erlitten schließlich in dieser Wahl eine herbe Niederlage. Damals war ich geneigt, den Schwarzen Peter anderen zuzuschieben. Ich litt an der allzu offensichtlichen Destruktion in den eigenen Reihen. Vermutungen, daß unter uns MfS-Zersetzer waren, haben sich erst später bestätigen lassen. Ich war ärgerlich, daß wir mit dem Aufbau von Parteistrukturen in der knappen Zeit nicht zurechtkamen. Außer der Opposition hatten alle anderen, die SED-PDS und die Blockparteien, trotz interner Krisen gewaltige Apparate zur Verfügung. Und trotz des Aufbruchs war von Anfang an die mangelhafte Politisierung der Bevölkerung ein großes Problem. Die viel zu wenigen Aktivisten waren in Bürgerkomitees, an den Runden Tischen, in Untersuchungskommissionen, Betriebsräten, den unzähligen Demonstrationen und Versammlungen völlig überfordert. Und dann kamen noch die westdeutschen Parteien, die sehr schnell direkt und indirekt das Heft in die Hand bekamen. Es gab keine andere Wahl, als sich dem westdeutschen Parteienspektrum zu fügen. Noch Mitte Januar 1990 hatte der Vorstand des „Demokratischen Aufbruchs“ ein Papier verabschiedet in dem es hieß: „Wir sind nicht rechts, wir sind nicht links, wir sind rational.“ Kurze Zeit darauf, als wir feststellten, daß wir mit einer solchen Formel niemanden begeistern konnten, sagte mir ein Freund: „Wir haben die Kraft der Tradition unterschätzt.“ Wir haben auch unterschätzt, daß die DDR-Bürger alltäglich im Fernsehen westdeutsche Politik verfolgt hatten und nun westdeutsche Verhältnisse haben wollten.

So sehr mich das damals verstimmt hatte, kann ich es heute gelassen sehen und neige zu einer selbstkritischen Bestandsaufnahme. In den hektischen Wochen der politischen Veränderungen fehlte uns das Gespür für unaufhaltbare Entwicklungen und auch ein Schuß politischer Pragmatismus. Viele von uns waren Intellektuelle mit einem moralischen und oft theologisch „gebremsten“ Politikverständnis. Das kam uns zugute, als wir die Legitimation der SED-Macht in Frage stellten. Aber wir waren den Umgang mit Macht weder gewohnt noch hatten wir ein positives Verhältnis zu ihr. Wir haben nicht bedacht, daß politische Ziele sich aufheben, wenn sie nicht verständlich vermittelt werden können. In der deutschen Frage waren wir zwar nicht so hin-

terwandlerisch, wie oft behauptet: Im „Demokratischen Aufbruch“ haben wir stets auch die Einheit Deutschlands im Visier gehabt. Aber wir glaubten voller Idealismus, den Einigungsprozeß durch zeitliche Verzögerung besser abfedern zu können. Auch waren wir davon fasziniert, endlich selbst über unser Schicksal entscheiden zu können, und sahen in einer überhasteten Vereinigung eine Art neuer Entmündigung. Es waren Fehleinschätzungen des in der Bevölkerung allenfalls nur verdrängten Willens, die Einheit schnell herzustellen. Man könnte jetzt streiten, ob wir nicht doch auch in manchen Punkten recht hatten. Ich entdeckte so manches in unseren damaligen Vorstellungen, die sich als notwendige Schritte im Einigungsprozeß erwiesen, wie etwa die endgültige Lösung der Grenzfrage zu Polen und eine deutliche Abrstung. Anderes, vor dem wir warnten, ohne ernst genommen zu werden, hat sich bestätigt, wie der Zusammenbruch der Industrie, wenn sie sofort der westdeutschen Konkurrenz ausgesetzt würde. Doch eine Rechthaberei, auch angesichts der eigenen Täuschungen, wäre fehl am Platz, kann sie doch von den wirklichen Ursachen der Krise der DDR und den Nachfolgekrisen in Ostdeutschland ablenken. Die SED hatte das Land heruntergewirtschaftet und die Milderung der nachwirkenden Altlasten, die für die DDR-Opposition und für die westdeutsche Politik nur schwer überschaubar waren, wird noch Jahrzehnte benötigen.

Im Dreieck von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik wird Ostdeutschland trotz aller schon erreichten Fortschritte den westdeutschen Standard lange nicht erreichen, zumal dort auch Grenzen sichtbar werden. Welche Partei oder Koalition auch immer in der Bundesrepublik regiert, sie wird diesem Nachholbedarf Rechnung tragen müssen. Die Unterschiede werden in den Prioritäten liegen, vielleicht auch in den jeweiligen Kompetenzen. In dieser Frage will ich mich hier nicht festlegen. Die großen Parteien und ihre potentiellen Koalitionspartner werden sich - hoffentlich - profilieren im Wettstreit um die optimalen Lösungen und im Ringen um die Verantwortung. Was sie gemeinsam haben, ohne sich in irgendeiner Weise zu verbrdern oder eine Art Volksfront bilden zu müssen, eine Art übergroße Koalition, ist ein Grundkonsens in den Mitteln und Zielen der Politik. Dieser Konsens, der auch im Grundgesetz seinen Ausdruck findet, verträgt harte sozialpolitische Konflikte. Was er nicht verträgt sind Kämpfe, die sich aus totalen Lösungen der sozialen Frage motivieren.

Die historische Chance, ganz Deutschland als demokratisches, rechtsstaatliches und der sozialen Marktwirtschaft verpflichtetes Gemeinwesen aufzubauen, wurde zwar wahrgenommen. Aber die geistigen und mentalen Folgen der Diktatur in der DDR sind ein Faktor, der in Rechnung gestellt werden muß, weil sie verhindern, daß ein demokratisches Deutschland angenommen wird. Weit über die Grenzen der PDS und anderer postkommunistischer Organisationen hinaus ist der antitotalitäre Grundkonsens kaum entwickelt.

Soziologen haben in verschiedenen Erhebungen und Studien ermittelt, daß die unverrückbaren Werte vieler Ostdeutscher Geborgenheit, Sicherheit und

Kontinuität sind. Dies sind zunächst verständliche Reaktionen verunsicherter Menschen auf den gesellschaftlichen Umbau, der fast alle ostdeutschen Lebensläufe berührt. Die neuen Anforderungen, Risiken einzugehen, Konflikte durchzustehen oder Wandel und Veränderung zu akzeptieren, werden als Bedrohung empfunden. Eine Bevölkerung, die die sprichwörtlichen privaten Nischen als den eigentlichen Lebensraum betrachtete, sieht sich nun auf den öffentlichen freien Markt vertrieben, einer „Ellenbogengesellschaft“ ausgeliefert. Da nicht wenige tatsächlich von den sozialen Verwerfungen betroffen sind, scheint sich in der Realität ein Feindbild zu bestätigen, das man zu DDR-Zeiten gar nicht so ernst genommen hatte: der Kapitalismus. Mehr oder weniger ideologisch aufgeladen führt dann der Slogan „Was nutzt mir die Freiheit, wenn ich keine Arbeit habe?“ zu einer nachhaltigen Fremdheit in der neuen Gesellschaft und zu einem tiefen Mißtrauen gegenüber allen Institutionen, die diese Gesellschaft ausmachen. Betroffen sind die politischen Parteien, das Rechtssystem, die Kirchen und auch die Gewerkschaften. Die Verunsicherung geht soweit, daß keiner dieser Institutionen mehr abgenommen wird, sie würde die wirklichen Interessen der Menschen vertreten.

DDR-Nostalgie mit irrationalen Zügen macht sich breit. Im Rundfunk berichtete eine Frau aus Rostock kürzlich, wie schön es war, wenn sie in der Kaufhalle einmal etwas Besonderes erwischte hätte, während sie heute gelangweilt vor den Regalen stünde. Und ein Lehrer klagte, daß früher die Erziehung doch besser gelaufen sei, weil man klar gewußt hätte, auf welche Ziele die Kinder orientiert wurden. Die DDR wird in den Köpfen und Herzen zu einer Art harmonischer Gemeinschaft, in der alle gleich gut und gleich schlecht zurechtkamen. Das von der SED nie durchgesetzte Wir-Gefühl des Staatskollektivs erscheint nun plötzlich als das Wir-Gefühl der stets Betroffenen. Hatte die SED versprochen „Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben!“, zeigen soziologische Untersuchungen, daß die Ostdeutschen so arbeiten wollen wie in der DDR und so leben wollen, wie sie sich das Leben im Westen vor 1989 vorgestellt haben. Die politische Form dieser rückwärts gewandten und illusionären Haltung, die von der PDS genutzt wird, ist nur das halbe Problem. Die unpolitische Form der Ostalgie führt zu einem Ausklinken weiter Bevölkerungsteile aus dem politischen Prozeß und auch zum Rückzug aus den sozialen Verteilungskämpfen. Unversehens folgt so auf die organisierte Entmündigung eine Selbstentmündigung. Das Individuum begreift sich nur noch als Opfer anonymer Kräfte.

So geht es nicht nur um den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau im Osten, sondern auch um die Rekonstruktion einer zivilen Gesellschaft, die in politischen und kulturellen Selbstorganisationsprozessen aus sich heraus leben kann. Der gesellschaftliche Umbau muß mit einer Vergegenwärtigung der Grundlagen unserer Zivilisation Hand in Hand gehen. Für mich ist die Erfahrung der letzten Jahre besonders spannend, daß die politische Größe Deutschland sich nicht handhaben läßt, wenn nicht ihre Geschichte aufgearbeitet und durchgearbeitet wird. Die wiedervereinigten Deutschen befinden

sich in einer Suchbewegung nach ihrer Rolle in Europa und in der Weltpolitik, die nicht einfach aus der ökonomischen Kraft abgeleitet werden kann. Und sie müssen auch den geistigen Konsens reformulieren, der sie im Inneren zusammenhält und Konflikte zu regulieren vermag.

Die von Westdeutschen manchmal mit Unverständnis beobachtete Debatte der Ostdeutschen zur Vergangenheitsaufarbeitung bietet zwar noch nicht die Lösung des ganzen Problems, ist aber unerlässlich im langwierigen Selbstverständigungsprozeß. Es geht schließlich darum, daß politisches und soziales Verhalten nicht allein auf Umstände und Strukturen zurückgeführt wird, sondern individuelle Verantwortung für Geschehenes erkannt und getragen wird. Die beiden deutschen Diktaturen, so unterschiedlich sie auch waren, waren schließlich keine Schicksalsmächte, die über die Menschen ohne deren Zutun kamen. Es ist deswegen auch folgerichtig, daß ehemalige DDR-Oppositionelle, die damals schon Verantwortung übernahmen, an diesen Fragen besonders interessiert sind. Und es ist auffällig, daß sich die Argumente derer gleichen, die nach der NS-Diktatur die Verantwortung ablehnten, und derer, die heute die SED-Diktatur bagatellisieren. Das Verantwortungsprinzip, ob es nun ethisch oder religiös begründet wird, gilt schließlich besonders in der Demokratie. Niemand darf daraus entlassen werden, die Politiker und Wirtschaftsführer ebensowenig wie die Nichtwähler und die Unpolitischen.

Eine Nachbemerkung muß noch folgen: Die kritische Wahrnehmung ostdeutscher Mentalität bedeutet nicht, daß Kritik an westdeutscher nicht auch angebracht wäre. Außerdem schließe ich mich selbst mit ein. Ich weiß von mir, wie schwer es ist, verfestigte Denkmuster, die Leben und Überleben in der DDR sicherten, hinter sich zu lassen.